

Jan. '17

von Peter Helmes



Liebe Leser,

an dieser Stelle veröffentliche ich regelmäßig einmal im Monat meist kritische und bissige Kommentare – aus konservativer Sicht versteht sich – zu Themen bzw. Vorgängen, die in den Medien selten oder gar nicht besprochen oder verzerrt dargestellt werden. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und freue mich stets über Kritik und Anregungen, die Sie mir direkt (Peter.Helmes@t-online.de) zusenden können.

Die Verachtung des Volkes gegenüber der politischen Führung – und die Verachtung der politischen Führung gegenüber dem Volk der Deutschen

...Der Staat tue alles, um seinen Bürgern Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten. 2017 werde die Bundesregierung dort, wo politische oder gesetzliche Veränderungen nötig seien, diese schnellstens umsetzen... (Merkel in ihrer Neujahrsansprache am 31.12.2016)

Brav gesprochen, Frau Kanzlerin!

Sie sagten, „*ab 2017*“. Warum haben Sie das nicht schon 2015 gesagt, als die Gefahr bereits nicht mehr zu übersehen war? Warum ein „Wir schaffen das!“, wenn wir heute Veranstaltungen (auch der Kirchen!) mit Maschinengewehren und Tausendschaften von Polizisten schützen müssen?

Ein Tiefpunkt im Verhältnis Bürger und Staat

Schlimmer noch, Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben jene, die aus tiefer Sorge mahnten, in die rechte oder gar rechtsradikale Ecke und an den Pranger gestellt. Ihr Justizminister jagt zusammen mit einer Expertin für Subversion unverdächtige Staatsbürger, sofern sie nicht ganz links sind und auf der Linie der politischen Korrektheit wandeln!

Schon Weihnachten 2014 (!) habe ich mich über die Ansprache des Bundespräsidenten geärgert. Er, der eigentlich aus seiner eigenen Biographie wissen müßte, daß „biedere Bürger“ nur dann auf die Straße gehen, wenn sie keine andere Möglichkeit zur Gegenwehr sehen, warnte damals (wie heute) vor diesen Bürgern und hofierte die, von denen sich unser Volk bedrängt fühlt („Der Islam gehört zu Deutschland“, „Willkommenskultur“ etc.).

Ob Bundeskanzlerin, Bundespräsident und die ganze politisch korrekte Berliner Entourage – sie stellen demokratische Republikaner in den Senkel wie weiland der Oberlehrer seine mißliebigen Schüler.

So zeigen fast alle Repräsentanten unserer Republik ihre Mißachtung gegenüber weiten Teilen der Bevölkerung und ihre Verachtung des Willens des Volkes. Ein Tiefpunkt im Verhältnis Bürger zu Staat! Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?!

„Die Politik“ unseres Landes – die Opposition eingeschlossen – hat es einfach versäumt, den kleinen, redlichen Bürger, denjenigen, der besonders schnell nervös wird und schnell Lebensangst entwickelt, „mitzunehmen“. Das aber sind ausgerechnet diejenigen, für die die Politik wenig tut. Die Politik setzt nur dann ein, wenn sie gezwungen wird, ihr Verhalten zu verbessern – vor allem dann, wenn soziale Dinge in starker Weise verbessert werden müssen. Aber für den kleinen redlichen Bürger zeigt sie selten Spielraum:

Dringende Sozialstaatskorrekturen wurden (und werden noch) verweigert mit der Begründung, wir hätten dafür kein Geld. Und dann muß der verdutzte Bürger zur Kenntnis nehmen, daß wir für das Heer der Flüchtlinge, Asylbegehrenden, Schein- und echten Asylanten offenbar genügend „Geld ohne Abwinken“ haben. 20 Milliarden, 30 Milliarden – egal, die Wirtschaft brummt, und man muß „diesen traumatisierten Menschen“ helfen! Derweil rücken tausende Rentner, Kleinverdiener, Arme usw. Morgen für Morgen aus, um die öffentlichen Abfallbehältnisse nach Brauch- oder Verwertbarem zu durchwühlen, und/oder stehen an der „Tafel“ Schlange – wo sie wegen der Willkommenskultur die zuweilen weniger werdenden Lebensmittel mit den Gästen teilen müssen. Das, ja, auch das entfremdet die Bürger von ihrer Führung.

Tiefe Kluft von öffentlicher zu veröffentlichter Meinung

Warum schaffen es unsere Oberen nicht, sich unters Volk zu begeben und den dortigen Pulsschlag mitzuerleben? Warum diktieren sie von oben herab(lassend) ihre Meinung und weichen Diskussionen aus? Hat etwa Kritik an ihrem Verhalten einen Nerv getroffen, nämlich den der immer größer werdenden Kluft zwischen „öffentlicher“ – welche sich „am Hofe“ verbietet – und „veröffentlichter“ oder verordneter Meinung?

Abweichende Meinungen sind nicht gefragt, ja sollen unterdrückt werden...

...aber sie sind wertvolle Instrumente der Bewußtseins- und Willensbildung einer freien Gesellschaft. In einer solchen – notabene freien – Gesellschaft ist Streit Wettstreit und Antrieb für neue politische Weichenstellungen. Das betont auch der Historiker Arnulf Baring: *„Nur wenn Meinungen aufeinanderprallen, kann sich der Bürger ein Urteil bilden. Doch bei uns (...) werden kontroverse Standpunkte bekämpft.“*

Diktatur der politischen Korrektheit

Bei uns – es lebe der rotgrüne Zeitgeist, der auch weite Teile der Union ergriffen hat! – glaubt eine gewisse (Führungs-)Schicht der Politiker, sie seien im Besitz der absoluten Wahrheit. Das hat etwas Absolutistisches: „L' état c'est moi!“, hieß es bei den absolutistischen Monarchen Frankreichs. Heute ist es die Diktatur der „politischen Korrektheit“ – einer neuen „Staatsraison“ von Besserwissern und Bessermenschen, die das Volk umerziehen und eine neue Gesellschaft wollen. Dafür brauchen sie aber nicht einen kritischen, sondern einen entmündigten Bürger.

Es ist natürlich auffällig, daß sich Angela Merkel persönlich aus solchen Streitpunkten heraushält. Es ist nicht ganz zu verstehen, wieso sie zum Beispiel vor einem Jahr die Grenzen geöffnet und relativ wenig reagiert hat, als die Flüchtlinge sich vor Mazedonien in Griechenland wiederfanden. Und wäre sie nicht von Horst Seehofer gedrängt worden, würde sie vermutlich ihren Kurs „unbeirrt“ weiterfahren.

Niedergang von Freiheit und Pluralität

Damit haben wir also den Niedergang von Freiheit, Pluralität und Demokratie! Und dem voraus und damit einher geht eine ungeheure Feminismuswelle, die Bestandteil der neuen, der politischen Korrektheit ist und eben den „neuen Menschen“ verlangt.

Diese Feminismus-Ideologie zerstört zugleich die humanistischen und demokratischen Ideale. Der neue Totalitarismus der Linksrünen in Politik, DGB-Gewerkschaften, weiten Teilen der Gesellschaft, im Bildungswesen und in Kirchen(!) wäre ohne diesen radikalen Feminismus nicht möglich.

Mit dem eingangs zitierten Satz: *...Der Staat tue alles, um seinen Bürgern Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten. 2017 werde die Bundesregierung dort, wo politische oder gesetzliche Veränderungen nötig seien, diese schnellstens umsetzen...* ist die Bundeskanzlerin einer wichtigen Frage, nämlich dem Kernproblem, ausgewichen: Sie hat sich nicht der Frage gestellt, wie es zu der jetzigen Situation gekommen ist und wie – möglichst im Konsens! – die Probleme gelöst werden können. Das aber funktioniert nicht „am Volk vorbei“, sondern nur im Diskurs mit ihm: Wie kann man in einer unsicher gewordenen Welt Halt und Orientierung finden? Diese Frage zu beantworten, schließt (gegenseitige) Beschimpfungen aus. Und so drängt sich zu Beginn des neuen Jahres 2017 die Frage stärker auf als zuvor:

„Frau Bundeskanzlerin, wo bleibt die Antwort?“

Alles läuft auf eine finale Kraftprobe zwischen dem uns beherrschenden linken Establishment und dem Freiheitswillen des deutschen Volkes hinaus.

Der politischen Führung ins Stammbuch geschrieben:

„Die Arroganz der Macht und Ignoranz gegenüber den Problemen wird dieser Bundeskanzlerin im Jahr 2017 – schon wie 2016 – mit Sicherheit größte Schwierigkeiten bescheren. Wer Volkes Wille so übergeht, wer die unzweifelhaft stattfindende Islamisierung verleugnet und den massenhaften Asylmißbrauch durch unkontrolliert bei uns einfallende Ströme von Wirtschaftsflüchtlingen, die nicht selten bei uns kriminell in Erscheinung treten und vielfach kulturell inkompatibel sind, als „Bereicherung“ verkauft, vergißt seine Pflicht, zum Wohle des *deutschen Volkes* (Amtseid!) zu wirken.“ (MM)(Autor: Peter Helmes)

Anteilnahme gegenüber Fremden und Ignoranz gegenüber Deutschen – die neue Medienwirklichkeit

Über gefälschte Zitate, gefälschte Namen, falsch wiedergegebene Tatbestände usw. habe ich auf diesem Forum schon so oft berichten müssen, daß ich mit dem Zählen kaum nachkomme. Allerdings sind die „guten, alten Zeiten“ der einseitigen Medien-„Berichterstattung“ längst nicht mehr so rosig wie noch vor wenigen Jahren.

Denn heute informieren sich die Menschen weniger aus der Tagespresse, sondern viel mehr aus Internetplattformen und –blogs. Hinzu kommt, daß inzwischen die Bürger kritischer geworden sind und erkannt haben, daß Medien immer mehr zu Nachrichten- und Meinungs-Manipulation neigen. Es gibt heutzutage weniger „Berichterstattung“; denn die ist eher zur Meinungsmanipulation verkommen. Der Beruf des Journalisten war früher noch hochgeachtet, weil sie (die Journalisten) stets bemüht waren, Distanz zum vermittelten Thema zu zeigen und eine Thematik ausgewogen darzustellen.

Heute sieht man sich eher einer parteiischen, und zwar weit überwiegend linksparteiischen, Medienmanipulation ausgesetzt. Eine nötige Distanz zum Thema fehlt ebenso wie eine Trennung von Nachricht und Meinung. Nur wenige Journalisten betreiben echte Recherche, sondern übernehmen lieber das, was sie aus dem Internet oder von Kollegen erfahren, oder, was viel bedenklicher ist, sie lassen ihren medialen Wunschträumen freien Lauf. Da wird mehr erfundene als gefundene, da wird gerne auch 'mal gelogen, bis sich die Balken biegen, da

werden Statistiken gefälscht oder geschönt, und da werden Kritiker, die der Presse nicht passen, gnadenlos an den medialen Pranger gestellt und öffentlich hingerichtet.

Der Nebeneffekt des journalistischen Links-Gleichschritts: Es bilden sich – natürlich linke – Geistesverwandtschaften, deren Hauptauftrag es zu sein scheint, die Menschheit zum besseren Menschen zu erziehen. Sie sind, um es deutlicher zu sagen, sozialistische Volkserzieher, die den Bürgern beibringen wollen, was gut ist – für ihn und die gesamte Gesellschaft. Und was gut ist, ist das, was der linke Journalist gut findet.

So schnell wird man „Faschist“

Mehr noch: Bürger, die das partout nicht nachvollziehen wollen, werden reflexartig in die rechte Ecke gestellt und wie Ausgestoßene behandelt. Das fängt mit der Etikettierung „ein Rechter“ an, geht über „rechtsradikal“ oder „rechtsextremistisch“, bis schließlich das Wunschetikett der linken Meinungsverbilder erreicht ist: „der Faschist“. Noch einfacher ausgedrückt: Wer nicht links ist, ist ein Faschist.

Der „Aufstand der Anständigen“

Das trifft vor allem diejenigen, die nicht zu Fremden im eigenen Land werden wollen. Sie sollen mit dieser durchsichtigen Masche mundtot gemacht werden, damit die Schleusen für den Massenzustrom noch weiter aufgerissen werden können. Gleichzeitig soll der „Aufstand der Anständigen“ (welche linken Politikriminellen damit genau gemeint sind, weiß man nicht) ein Klima der Einschüchterung und der Unfreiheit schaffen, um neue Gesetze zur Einschränkung der Meinungsfreiheit möglichst schnell aus der Schublade holen zu können.

Denn wir sind „multikulti“, und da ist Meinungsfreiheit eher lästig. Multi-Kulti ist für linke Machtfanatiker eine wunderbare Sache. Denn Multi-Kulti hilft nicht nur, die lästige Meinungsfreiheit zu beseitigen – natürlich nur im Interesse der hehren Sache „Toleranz, Akzeptanz und Mitmenschlichkeit“ –, sondern schützt die Funktionseliten in Politik, Medien und Konzernen auch vor den Unberechenbarkeiten einer Staatsform namens Demokratie und Rechtsstaat. Wo es, zumindest nach sprachlichen Gesichtspunkten, kein homogenes Volk mehr gibt, entfallen auch alle Formen öffentlicher Machtkontrolle oder demokratischer Meinungsbildungsprozesse.

Das Gegenteil von moralischem Handeln

Die von den Gutmenschen und deren Überwachungs-polizei (z. B. Maas/Kahane, aber auch diverse „Leitmedien“) geforderte öffentliche Zwangsmoral ist das Gegenteil von moralischem Handeln ist. Einheimische z. B. mit der Macht eines unerbittlichen Meinungskartells zu zwingen, für die linksverseuchte ARD/ZDF-Propaganda und die Akzeptanz von illegalen Einwanderern zu bezahlen, ist das Gegenteil von Moral. Nur wer die Deutschen von diesem Zwang befreit, hätte das Recht, moralische Forderungen zur Unterstützung anderer zu erheben.

Dieser Wahn soll unsere Gesellschaft zerstören. Wir sind gerade dabei, uns wehrlos den neuen Herrenmenschen auszuliefern, statt zu kämpfen. So entsteht ein neuer Gesellschaftsbrei aus vernetzten Linken, die uns Genderismus, Durchsexualisierung der ganzen Gesellschaft von jung bis alt, Pädophilie und „Religions-Toleranz“ – verbrämt „Willkommenskultur“ für den Islam genannt – verordnen. Das Ende der bürgerlichen, demokratischen Gesellschaft ist nicht mehr weit. Der Akt der „Befreiung“ – deutlicher: der Loslösung von unserer Heimat und unseren Traditionen – liegt dann darin, das allzu menschlich Ungleiche im Namen von Gerechtigkeit und Toleranz einfach für gleich zu erklären.

Die meinen Lesern wohlbekannte kritische (conservo-)Publizistin Barbara Weigel-Hebenstreit sandte mir einen Facebook-Eintrag, der das gesamte Problem plastisch darstellt und somit leicht begreiflich macht:

„Es ist schon grotesk bei uns!“

*Von Christoph J.Lauff *)*

* „Vor der Tür einer Moschee in Dresden explodiert ein Böller. Die Kanzlerin eilt umgehend herbei und drückt dem Imam ihr Mitgefühl aus.

Das finde ich gut, auch wenn der fremdenfeindliche Hintergrund der Tat m. W. niemals belegt wurde.

* Eine junge Türkin wird von einem polizeibekannt gewalttätigen Migrant geschlagen und so schwer verletzt, dass sie stirbt.

Tagelang brennen die Lichterketten, die Medien sind voll davon.

Das finde ich auch gut, die damit ausgedrückte Anteilnahme war vielleicht ein kleiner Trost für die von einer Tragödie getroffene Familie.

* Eine deutsche Medizinstudentin wird von einem minderjährigen Asylbewerber vergewaltigt und anschließend wie ein Katzenjunges zum jämmerlichen Ersaufen in einen Fluss geworfen. Für die öffentlich-rechtlichen Medien ein Fall von regionaler Bedeutung, daher in den Hauptsendungen nicht erwähnenswert.

Das finde ich entsetzlich und der Familie des Opfers gegenüber grausam und unmenschlich.

* Ein Herr Gabriel, seines Zeichens SPD-Vorsitzender sagt (achselzuckend???) Mord und Vergewaltigung habe es schließlich schon immer bei uns gegeben.

Das finde ich unmenschlich, denn DIESE Vergewaltigung und DIESER Mord wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht geschehen, hätte es die schrankenlose Grenzöffnung in 2015 nicht gegeben

* Herr Wendt, seines Zeichens höchster Polizeigewerkschaftsfunktionär, spricht Klartext und weist Verantwortlichkeiten zu.

Der ganze ungeheure Zorn der damit aufheulend getroffenen Nomenklatura, von Gabriel bis Stegner, richtet sich gegen ihn. Das setzt dem Ganzen die Krone auf!“

Diese Gesellschaft ist krank!

Autor: Peter Helmes, (Quelle für Christoph Lauff:
https://www.facebook.com/babsi.weigelhebenstreit/posts/1300611499989043?from_close_friend=1¬if_t=close_friend_activity¬if_id=1481026532461098)

Rote gegen Videoaufnahmen, und ein Mensch wird in Brandt gesteckt

Ein tiefroter Beschluß „von gestern“

Daß es in Berlin nach dem Willen der rot-rot-grünen Regierung keine Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen geben soll, dürfte wohl nach dem Geständnis der Täter, die einen Obdachlosen angezündet hatten, ein Beschluß „von gestern“ sein. Denn nur durch die präzisen Aufnahmen der Überwachungskameras, die eine Identifizierung der Täter erleichterte, wurde der Druck auf die Täter übermächtig. Ihnen blieb gar nichts anderes übrig, als sich zu stellen.

Auch die Polizeigewerkschaft findet es lächerlich, daß die Beamten bei Bürgern um Handy-Videos von Taten bitten müssen, selbst aber nicht überwachen dürfen.

Videoüberwachung „nicht erwünscht“

Der Obdachlose hatte Glück. Und Glück hätten die Täter beinahe auch gehabt, hätte der angezündete Obdachlose beispielsweise auf dem Alexanderplatz gelegen. Dann hätte es von den Tätern keine Aufnahmen gegeben, und sie wären deshalb wohl unerkannt geblieben. Eine Videoüberwachung scheint also unabdingbar, da kann Rot-Grün planen, was sie wollen.

Durch Videoüberwachung können Taten zwar nicht direkt verhindert werden, aber hier könne man tatsächlich exemplarisch sehen, daß Videoüberwachungen es ermöglichen, mit den Lichtbildern sehr schnell in eine Fahndung zu gehen und bei guter Qualität dann schnell Tatverdächtige zu ermitteln, meinte der Berliner Polizeisprecher Thomas Neuendorf.

CSU-Innenpolitiker Stephan Mayer ebenfalls dazu: Videoüberwachung sei kein Allheilmittel, aber sie werde mehr denn je gebraucht:

„Ich bin der festen Überzeugung, dass eine Ausweitung der Videoüberwachung insbesondere an öffentlichen Plätzen und an privaten Einrichtungen mit öffentlichem Zugang wie beispielsweise Einkaufszentren oder Sporthallen abschreckend wirkt für Straftäter vor allem, daß sie aber auch, wenn eine Straftat sich ereignet, es erleichtert, diese aufzuklären!“

Rot-Grüne Verbrecherkomplizen

Die Roten und Grünen wollen keine Videoaufnahmen – und machen sich damit mitschuldig an solchen Verbrechen. Im neuen Koalitionsvertrag von SPD, Linken und den Grünen ist nämlich die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen ausdrücklich nicht mehr erwünscht. Damit machen sich die durchgeknallten Roten und Grünen zu gedanklichen Komplizen der Verbrecher.

Die Gesetzeslage ist – auch in Berlin – eigentlich eindeutig: Der Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, Martin Steltner: „Das Gesetz sieht ausdrücklich vor, daß bei schweren Straftaten die Öffentlichkeitsfahndung zu Hilfe gezogen wird, aber eben erst dann, wenn andere Ermittlungsmethoden nicht zum Erfolg führen. Das heißt, es muß immer erst geguckt werden, haben wir andere Ermittlungsansätze und diese Ermittlungsansätze müssen ausgeschöpft werden.“

Daß Polizei und Staatsanwaltschaft diesen Vorfall (Verbrennung eines Obdachlosen) konsequent und mit allen Mitteln verfolgten, könnte aber auch durch den „öffentlichen Druck“ beschleunigt worden sein. Nach dem LKW-Anschlag auf dem Breitscheidplatz (Gedächtniskirche) war und ist dieser Druck inzwischen so groß, daß sich die Öffentlichkeit nicht mehr an der Nase herumführen lassen will – durch Stichworte wie „Einzeltäter“, „hat nichts mit der Flüchtlingsfrage zu tun“, „verirrte Jugendliche“ usw. Die Videoaufnahmen sind in diesem Fall eindeutig – was den Druck auf Medien und Behörden vergrößern wird, in Zukunft wahrheitsgemäßer zu berichten.

Die Bilder, die bei dieser Tat aufgenommen wurden, zeigen nicht nur hämisch grinsende „Willkommenskultur-Jugendliche“, sondern beweisen auch die Kaltschnäuzigkeit, wie Menschen aus anderen Kulturen meinen, mit Menschen unseres Kulturkreises umgehen zu können. Diese Täter sind in der Mißachtung all dessen, was hiesige Werte ausmacht, durchaus mit dem kriminellen Massenmörder vom Breitscheidplatz vergleichbar.

Sinneswandlung bei den Parteien

Zum Glück hat die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus die Rücknahme der fatalen politischen Entscheidung (gegen Video-Aufzeichnungen) gefordert und will dazu schon in nächster Zeit parlamentarisch tätig werden. Reichlich spät – aber immerhin! Sinneswandel bei einigen Sozialdemokraten zu spüren.

Die SPD wird wach: Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, drängt seine Parteifreunde dazu, eine Ausweitung der Kameraüberwachung nicht aus ideologischen Gründen abzulehnen. Bei einigen Sozialdemokraten ist ein Sinneswandel zu spüren. Waren es bisher vor allem Unionspolitiker, die auf zusätzliche Kameras drängten, bewegt sich jetzt auch der Koalitionspartner, wie der SPD-Abgeordnete Lischka bestätigt.

"Gar nicht mal in erster Linie deshalb, weil wir uns erhoffen, dass dann solche Attentate verhindert werden können, sondern weil das sehr, sehr wichtig ist für die Aufklärung!"

Glaubt man den Systemmedien, denkt auch der Regierende Bürgermeister Müller an ein „Umdenken“. (Aber kaum laut gedacht, schon jaulten die Grünen auf.

Es soll ja Menschen geben, die nie auslernen, und andere, die ihr Leben lang ideologisch verbohrt sind. Möge die Übung gelingen!

(Autor: Peter Helmes)

Rheinische Kirche pervertiert den christlichen Glauben – Gefährliche Gradwanderung der Kirchen

Die protestantische Kirche Deutschlands befindet sich auf einer gefährlichen Gradwanderung zwischen Christentum und Islam. Und die katholische Kirche Deutschlands erweckt derzeit den Eindruck, als könne sie dieser Richtung gar nicht schnell genug folgen. Das alles ist für die Gläubigen beider Kirchen beunruhigend; denn diese Entwicklung rührt an die theologischen (und politischen) Grundpfeiler unseres Glaubens.

Wer dagegen aufbegehrt, ist nicht mehr einfach nur „konservativ“, sondern – mit der erhobenen Nazikeule konfrontiert – „Faschist“ und „Islamfeind“. Da wird natürlich subito wieder einmal die AfD an den Pranger gestellt. Gemeint sind damit gewiß aber auch jene, die nicht der Political Correctness huldigen, also alle „Rechten“ bzw. Nicht-Linken; denn nach dem Verständnis der Gutmenschen sind nur Linke gut, und alles, was nicht links ist, ist böse.

Die Kirche versagt.

Das hat sie schon einmal – und ist noch gar nicht so lange her. Offensichtlich hat vor allem die Ev. Kirche ihre unselige Rolle im Nationalsozialismus vergessen: das Anbieten der Amtskirche an den Nazi-Faschismus. Heute beobachten wir Gleiches: das Anbieten an den Islam-Faschismus – wie 1933. Die christlichen Kirchen schweigen selbst zu dem Kampf militanter terroristischer Moslems, einen islamischen Staat mit Gewalt zu errichten, während für die verfolgten, gequälten, vergewaltigten und hingemetzelten Christen in islamischen Staaten vielleicht noch ein paar murmelnd vorgetragene Lippenbekenntnisse bleiben.

Schlimmer noch: Die, die christliche Werte verteidigen, sehen sich urplötzlich in der „fremdenfeindlichen und „islamophoben“ Ecke. Daran haben wir Rechten uns schon gewöhnt. Daß aber die AfD zugleich als Judenfeind hingestellt wird, ist nahezu unerträglich, zudem die Rheinische Kirche noch nicht einmal für nötig erachtet, zu diesem Vorwurf auch nur die Spur eines Beleges zu präsentieren. Ist das christliches Verhalten?

In Bad Neuenahr tagt die Synode der (ev.) Rheinischen Kirche. Das läßt nichts Gutes ahnen; denn diese Kirche hat an diesem Ort schon mehrfach Unsinn abgesondert. Hier zum Beispiel: Der gesamten kirchlichen Islamdebatte – Zwischenfrage: Gibt es wirklich eine „Debatte“, die den Namen verdient? – setzt der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski, die Krone auf. Nach einer idea-Meldung ist für Rekowski „Religion“ negativ besetzt:

„Bad Neuenahr (idea) – Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ hat so wenig mit dem Koran zu tun wie der Dreißigjährige Krieg mit der Bibel. Diese Meinung vertrat der Präses der Evangelischen Kirchen im Rheinland, Manfred Rekowski (Düsseldorf), am 12. Januar 2015 in seinem Bericht vor der Landessynode in Bad Neuenahr bei Bonn. Christen müßten widersprechen, wenn andere Religionen nicht nach ihrem Selbstverständnis beurteilt, sondern auf Pervertierungen reduziert würden...“

Und nun das auch noch:

„...Mit deutlichen Worten hat sich die Evangelische Landeskirche im Rheinland von AfD-Positionen abgegrenzt. Die christliche Botschaft taugt nicht „zum Kronzeugen nationaler Identität“, sagte der Präses Manfred Rekowski (FAZ 09.01.2017).

Die FAZ (vom 9.1.17) weiter: „...Der Präses der Evangelischen Landeskirche im Rheinland, Manfred Rekowski, hat der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine „Pervertierung des christlichen Glaubens“ vorgeworfen. Bei der Landeskirkensynode in Bad Neuenahr kündigte er „massiven Widerstand“ gegen eine deutsche Leitkultur an, die Juden und Muslimen keinen Platz in der Gesellschaft lässt.

Der Glaube an Gott habe nichts gemein mit Hass gegen einzelne Menschen oder Menschengruppen, sagte der Präses in seinem Jahresbericht. „Das ist keine Alternative für Christen, sondern eine Pervertierung des christlichen Glaubens.“ Es sei „ein falsches Zeugnis“, wenn die AfD ihre Politik in ihrem Grundsatzprogramm mit einer diffusen religiösen Überlieferung des Christentums begründe, sagte Rekowski...“

Der bekannte und streitbare Theologieprofessor em. Hubert Windisch schreibt zu diesem Thema unter dem Titel „Der Realitätsverlust in Politik und Kirche“ u. a.:

„Es stellt sich die Frage, wie offen bzw. tolerant darf eine Gesellschaft sein, damit sie eine offene bzw. tolerante Gesellschaft bleibt. Die Antwort darauf kann nur in der Suche nach der Wahrheit der Fakten gegeben werden, die Thomas von Aquin an verschiedenen Stellen seines unnachahmlichen theologischen Werkes als das Zueinander von Intellekt und Wirklichkeit (adaequatio intellectus ad rem) bezeichnet, wobei der Zugriff des Intellekts auf die Wirklichkeit zuallererst ein Wahrnehmen dessen, was ist, und nicht eine Konstruktion von Wirklichkeit bedeutet. Das Hören und Sehen in Bezug auf die Fakten muss also funktionieren bzw. geschult und kultiviert werden, ansonsten entstehen (politische und kirchliche) Kartenhäuser. Und aus Fakten werden Floskeln...“
(<https://conservo.wordpress.com/2016/06/09/unglaublich-gemeinsames-grusswort-der-kirchen-zum-ramadan-2016/>)

Kapitulation vor schwierigen Fragen an den Islam

Unbeantwortet sind – und das wird so bleiben, da dies zur Wesensart des Islam gehört – die Fragen nach der Toleranz des Islam, nach der Gewalt in Tat (IS-Terror) und Lehre (Koran), nach einer Duldung von „Parallelwelten“ mit eigener Rechtsetzung (Scharia) oder getrenntem Unterricht. Daß die Islamvertreter hierzulande zu diesen Fragen nichts sagen bzw. betonen, daß sei ihr gutes Recht, das stellen Vertreter unserer Religion erst gar nicht infrage – aus

Feigheit oder, höflich ausgedrückt, wegen der Förderung der „Willkommenskultur“. So aber schaufeln wir Christen uns das eigene Glaubensgrab, und die Moslems brauchen nur zu warten, bis wir (in nicht ferner Zukunft) kapitulieren.

Conservo-Kolumnist Michael Stein hat die neueste Meldung aus der Synode ein wenig umgeschrieben – und hält damit den lieben Christ_Innen und Christen den Spiegel vor:

„Im FAZ-Artikel: "Rheinische Kirche über AfD: „Eine Pervertierung des Glaubens““ habe ich ein paar kleine Änderungen an den richtigen Stellen angebracht. Außerdem habe ich den Namen des Präses Manfred Rekowski durch meinen (M. Stein) ersetzt:

„Michael Stein hat der rheinischen Kirche eine „Pervertierung des christlichen Glaubens“ vorgeworfen. Bei der Silvesterparty kündigte er „massiven Widerstand“ gegen eine deutsche politisch-, sozialistisch- und islamisch-korrekte Leitkultur an, die Juden und Christen keinen Platz in der Gesellschaft läßt.

Der Glaube an Gott habe nichts gemein mit Haß gegen einzelne Menschen (Rechte) oder Menschengruppen, wie z.B. die, die schon länger hier leben, oder wie bibeltreue Christen, sagte Michael Stein. **„Die rheinische Kirche ist keine Alternative für Christen, sondern eine Pervertierung des christlichen Glaubens.“** Es sei „ein falsches Zeugnis“, wenn die rheinische Kirche ihre Politik mit einer diffusen religiösen Überlieferung des Christentums begründe, sagte Stein.

Die christliche Botschaft taue nicht ansatzweise „zum Kronzeugen supranationaler und sozialistischer Identität“, sagte Stein jetzt. Stein warnte vor Positionen, die in der aktuellen politischen Debatte zwar mit dem „Etikett ‚christlich‘“ verwendet würden, die der christlichen Botschaft aber deutlich widersprächen. Von seinen Freunden auf der Silvesterparty erhielt Stein viel Unterstützung für seine Linie. Die Debatte über den Umgang mit der sozialistisch-korrekten rheinischen Kirche stehe aber erst am Anfang.“
Abartig! Ich fühle mich, als wäre ich mit einem Kirchenfürst eins geworden.“

Wer gedenkt der Opfer islamischer Terroranschläge?

Weder in der FAZ noch in sonst einem Medium ist davon die Rede, die Rheinische Kirche habe der Opfer radikaler Moslems gedacht. Ob sie davon gar nichts weiß? Dazu ergänzt Michael Stein:

„Wir dürfen nicht gedenken... Es könnten ja sonst die Muslime beleidigt werden!

In Israel sterben vier Menschen durch einen islamischen Terroranschlag! Ihre Namen und Bilder werden in Israel umgehend veröffentlicht. Die Menschen weltweit können nun Anteil und Abschied nehmen.

Ganz anders bei uns im neuen Deutschland. Hier sterben 22 Menschen allein im Jahre 2016 durch Terroranschläge von korantreuen Muslimen.

Die Regierung, die Politik, die Medien und die Kirchen haben kein Interesse daran, dass die Bilder und die Namen der Ermordeten veröffentlicht werden. Sie bleiben politisch-korrekt stumm!

Denn es schickt sich nicht für deutsche Opfer, mit Namen und Bild zu trauern. Diese Trauer könnte ja die Muslime beleidigen.

Und das wollen wir doch nicht. Oder?

(Autor: Peter Helmes)

Das Leid mit den Kirchen: Die Woelkis dieses Landes lassen die Christen im Stich

Wenn es um berechtigte Kritik an gewissen Kirchenmännern geht, steht ein Name immer wieder oben auf der Liste: Woelki! Immer wieder Woelki! Doch dieser Kirchenfürst steht leider nicht allein. In Deutschland scharen sich viele weitere Eminenzen und Exzellenzen (einschließlich der Kirchen-Oberfürsten Marx und Koch) um diesen Gottesmann, bei denen man besorgt fragen darf, ja muß, ob sie noch den wahren Glauben verkünden.

Wann kehrt die Kirche endlich zur Vernunft – und zu den Gläubigen – zurück?

Im Nachfolgenden sind einige Splitter um den Kölner Kardinal aufgefangen, die einem das Gruseln beibringen können. Ich wähle – nicht zum ersten Mal – diesen öffentlichen Weg, weil Kritik an Seiner Eminenz abprallt. Er läßt sie (die Kritik) offenbar gar nicht erst an sich heran. Wie erbarmungswürdig! Protestbriefe werden entweder – mit sehr seltenen Ausnahmen – nichtssagend oder gar nicht beantwortet. Das ist eine Unsitte und Frechheit, die die Bürger immer mehr von „der Kirche“ entfremdet.

Die Woelki-Kirche läßt uns im Stich. Wie eine Monstranz vorangetragene „Flüchtlingsprobleme“ oder „Libertinage“ (Frühsexualisierung und Gender) – verkappt als Nächstenliebe oder Toleranz – werden nicht etwa von Woelki und Kollegen kritisiert, sondern man findet diese Kirchenmänner in vorderster Reihe mit dabei. Von einem „Bollwerk katholische Kirche“ ist weit und breit nichts zu sehen. Eher werden die wenigen Bischöfe und Kardinäle, die sich offen gegen Versexung unserer Kinder aussprechen oder gar vor dem Vordringen des Islam warnen, schief angesehen oder als ewig Gestrige öffentlich niedergemacht.

Wie befremdlich – und die Christen dieses Landes vor den Kopf stoßend – dieser Mann sich äußert, mag ein Zitat, stellvertretend für viele andere – belegen:

*„Wer ‚Ja‘ zu Kirchtürmen sagt, der muß auch ‚Ja‘ sagen zum Minarett. Auch wenn die Wiege des Islam genau so wenig in Europa liegt wie die Wiege des Christentums, so sind **beide Weltreligionen in ihrem friedlichen Miteinander hier in Deutschland und Europa inzwischen beheimatet.**“*

Darf ich, Herr Woelki, mal fragen, wo Sie Logik studiert haben? Denn das, was sie hier als Causalität feststellen („Wer Ja zu Kirchtürmen...“) hat mit Logik nichts zu tun, und Sie hüten sich schon seit Langem, einen Beweis für Ihre fragwürdige These vorzubringen.

„Friedliches Miteinander“? Keine Wahrnehmung der Realitäten!

Das tut schon weh. Die geplagten Bürger und erst recht die Betroffenen der vielen Attentate der letzten Zeit verdienen mehr Solidarität als solch sorglos hingeworfene Worte. „Friedlicher Islam“ – in Berlin etwa, in Brüssel, in München, in Paris, in Köln usw.??? Und alles unter „Allahu akbar-Rufen“! Wie blind und taub darf ein deutscher Kardinal noch sein?!

Die Wahrnehmung von Realitäten scheint nicht Woelkis Stärke zu sein. Von Flüchtlingen, die hier bei uns Zuflucht suchen, sollte man doch ein Gefühl für Solidarität untereinander erwarten. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Obwohl selbst Flüchtlinge, können Muslime ihren Haß auf Christen nicht verbergen und greifen sie in den Unterkünften massiv an.

Und viele „Kirchenfürsten“ schweigen zu diesem Skandal. Sie kommen den Flüchtlingen „mit christlicher Nächstenliebe“ entgegen, aber lassen die christlichen Brüder und Schwestern

im Stich. Sagen wir es deutlich: Sie sind feige! Mut zeigen sie offenbar nur dort, wo er nichts kostet: Feste druff auf die „Spalter der Gesellschaft!“ Das lenkt vom eigenen Versagen ab.

Die Nachrichtenagentur kath.net meldet: Der Kölner Erzbischof Rainer Kardinal Woelki mischt sich erneut in die deutsche Parteipolitik ein und wirft jetzt der CSU(!) eine Spaltung der Gesellschaft vor.

Woelki, der seit geraumer Zeit medial vor allem mit umstrittenen parteipolitischen Äußerungen aufhorchen läßt, meint jetzt gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger“, daß die CSU mit einer Forderung nach Obergrenzen für Flüchtlinge oder einer Bevorzugung von Zuwanderern aus dem christlich-abendländischen Kulturkreis zu noch „größerer Polarisierung“ beitrage und das Geschäft der Rechtspopulisten von der AfD betreibe.

Woelki lehnt eine Bevorzugung von christlichen Flüchtlingen ab und möchte die CSU auch zur Verfassungstreue auffordern. „Wenn die CSU das Grundgesetz ernst nimmt, kann sie keine Obergrenze verlangen. Das läßt das Asylrecht nicht zu. Und das Asylrecht muß bleiben, wie es ist.“ Für Woelki müsse daher die unsinnige Diskussion aufhören.

Genug!

(Autor: Peter Helmes)

Offener Brief eines katholischen AFD-Wählers an Kardinal Wölki

Ein bekennender Katholik hat jetzt Kardinal Woelki einen Offenen Brief geschrieben und dessen Hatz auf die AfD kritisiert. Der Brief läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

„Sehr geehrter Herr Kardinal Wölki,

Sie haben sich mit ihrem Anti-AFD Video in einer Weise in die Politische Debatte eingemischt, die einem Kleriker in keiner Weise zusteht. Die AfD wurde im März mit zweistelligen Ergebnissen in drei Landesparlamente gewählt, wobei davon auszugehen ist, dass ihr auch zahlreiche Katholiken ihre Stimme gaben. Auch ich will hier offen bekennen, dass mich mein katholisches Gewissen nicht davon abgehalten hat, diese Partei schon zweimal gewählt zu haben, und ich werde es, bei der Bundestagswahl nächstes Jahr, ein drittes Mal tun.

Vielleicht rechtfertigen Sie ihre politische Stellungnahme zuungunsten der AfD mit Anfängen eines dräuenden vierten Reiches, denen es zu wehren gilt. Doch die AfD ist keine NSDAP und sie wandeln keineswegs in den Fußstapfen des seligen Clemens August Kardinal Graf von Galen. Im Gegenteil: während dieser dem Zeitgeist todesmutig widerstand, biedern Sie sich ihm kritiklos an.

Was Glaubensfragen betrifft, bin ich durchaus bereit, auf die Kirche, ihre Priester und Bischöfe zu hören, politische Ratschläge von dieser Seite verbitte ich mir jedoch entschieden.

Ich habe Wahlprogramme der AfD gelesen und zahlreiche Reden ihrer Politiker gehört, was, Internet und YouTube sei Dank, ja möglich ist. Da war nichts, was man auch nur im Geringsten als rechtsextrem bezeichnen könnte, eine Einschätzung, die ich mit dem Bundestagsabgeordneten der CDU Wolfgang Bosbach teile.

Während die AfD für ihre Sache völlig gewaltlos und mit Argumenten streitet, die ich zum größten Teil ziemlich vernünftig finde, habe ich von der Gegenseite bisher nichts als idiotische Schlagworte, üble Verdrehungen und platte Lügen gehört.

Den Vogel abgeschossen hat da unlängst Ralf Stegner, immerhin Vorsitzender des SPD Landesverbandes Schleswig Holstein und stellvertretender Bundesvorsitzender dieser Partei, mit der hanebüchernen Behauptung, die AFD sei für die Todesstrafe für demokratische Politiker. Der Mann sollte professionelle Hilfe in Anspruch nehmen.

Leider bleibt es nicht bei diesen verbalen Ausfällen. Es kam auch schon zu physischer Gewalt gegen Mitglieder der AFD und ihr Eigentum. So gab es einen Brandanschlag auf das Auto von Beatrix von Storch, und sie selbst wurde mit einer Torte beworfen. In Stuttgart verwüsteten „Anti“-faschisten den Garten des Landtagskandidaten der AFD Alexander Beresowski, der pikanterweise auch Mitglied der israelitischen Kultusgemeinde ist.

Ich möchte hier einmal die Frage stellen, ob solche Formen der Auseinandersetzung, die mit zivilisierten und demokratischen Gepflogenheiten nicht mehr das Geringste zu tun haben, nicht auch einmal Anlass zu einem mahnenden bischöflichen Wort wären.

Aber ich verstehe schon: Mit den Wölfen des Zeitgeistes zu heulen und auf die einschlagen, auf die alle einschlagen, ist viel bequemer, und man bekommt dafür auch ein paar Streicheleinheiten von unseren Linksmedien.

Ihr Hauptvorwurf gegen die AFD richtet sich gegen deren Islamkritik. Dabei verweisen Sie auf das Grundgesetz und die darin verankerte Religionsfreiheit. Dieses verbietet jedoch in keiner Weise, Kritik an Religionen und gerade am Islam gibt es so einiges zu kritisieren, nicht nur den Terror. Ein Blick in die islamischen Länder zeigt, dass dort, was Gleichberechtigung von Mann und Frau, Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit, sowie Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen betrifft, erhebliche Defizite bestehen. Zur Zeit erleben wir die schlimmste Christenverfolgung seit Menschengedenken, an der die Islamische Welt einen Löwenanteil hat und die in deutschen Flüchtlingsunterkünften munter weitergeht.

Angesichts dessen, was christliche Flüchtlinge in diesen Unterkünften erdulden müssen, finde ich die Aussage des deutschen Episkopats, christliche Flüchtlinge nicht bevorzugen zu wollen, einfach nur erbärmlich.

Die Islamkritik der AFD, aber auch eines erheblichen Teiles der Bürger, richtet sich nicht gegen die spirituellen Aspekte des Islam, wie beten, fasten und pilgern, sondern gegen die politische Agenda, die diese als Religion getarnte Ideologie hat und die mit dem Grundgesetz, auf das sich die Islamverbände so gern berufen, in weiten Teilen kollidiert.

Die Worte des Imam von Izmir sollten uns eine Warnung sein: „Dank eurer demokratischen Gesetze werden wir euch überwältigen, dank eurer religiösen Gesetze werden wir euch beherrschen!“

Das hatten wir schon einmal in Deutschland, daß die Feinde von Freiheit und Demokratie diese benutzten, um sie abzuschaffen. Das sollten wir nicht noch einmal hinnehmen.

Die katastrophalen Zustände in Schweden zeigen, das diesbezügliche Befürchtungen inner- und außerhalb der AFD nicht grundlos sind. Seit sich Schweden in den 70er Jahren zu einem Multikulturellem Land erklärte und eine schrankenlose Einwanderung, vor allem aus islamischen Ländern, zuließ, haben sich die Lebensumstände in diesem einstigen Musterland dramatisch verschlechtert. Die Kriminalitätsrate explodierte förmlich. Es gibt Stadtviertel, wo Feuerwehr und Krankenwagen nur mit Polizeieskorte hineinfahren, und was die Anzahl Vergewaltigungen betrifft, belegt Schweden weltweit den zweiten Platz. Dabei sind 77% der Täter Moslems und nahezu 100% der Opfer eingeborene Schwedinnen. Die Ereignisse der letzten Silvesternacht vor Ihrer Haustüre lassen für unser Land eine ähnliche Entwicklung

befürchten. Nach der Lektüre des Koran wundert mich das auch nicht. Ich habe noch nie etwas derartig Frauenfeindliches gelesen, wie dieses „heilige Buch“.

Es gibt noch etwas, was mir am katholisch-islamischen Kuschelkurs missfällt: Er liefert jenen aggressiven Atheisten die Argumente, die mit Hilfe des islamischen Terrors eine Gewaltbereitschaft und Freiheitsfeindlichkeit aller Religionen herbeifantasierer wollen. Diese Geisteshaltung kommt im Titel der Ausgabe 13/2016 des „Spiegel“ zum Ausdruck. Über dem groß gedruckten Haupttitel „Der missbrauchte Glaube“ steht etwas kleiner: „Die gefährliche Rückkehr der Religionen“. Das Titelbild zeigt im Vordergrund eine Hand die ein Kreuzifix hält, als ob Christen die Hauptverantwortlichen der Terroranschläge der letzten Zeit gewesen wären. Anders, als uns dieser plumpe bildliche Manipulationsversuch weismachen will, ist die einzige Religion, die da gefährlich zurückkehrt der Islam.

Man soll ruhig einen Dialog mit dem Islam führen, aber der sollte ehrlich sein und kritische Themen nicht aussparen. Auch sollte man sich über die islamische Taktik der Taqyyia im Klaren sein, die es erlaubt, die Ungläubigen anzulügen und zu täuschen, solange man in der schwächeren Position ist.

Vor allem aber sollte man aufrecht und mit breiter Brust zu seinem religiösen und kulturellem Erbe stehen. Selbstkritik ist gut und für eine gesunde Weiterentwicklung von Individuen, Nationen und Institutionen notwendig. Es ist allerdings schädlich, wenn Selbstkritik zu Selbsthass wird. **Die Geschichte Deutschlands besteht aus mehr als aus 12 Jahren Nazidiktatur, und die Geschichte der Katholischen Kirche besteht aus mehr als Hexenwahn und Inquisition.**

Unsere ständigen Selbstanklagen werden uns in der Auseinandersetzung mit dem Islam nur als Schwäche ausgelegt. Der Islam ist nämlich zu einer gesunden Selbstkritik nicht fähig. Im Koran heißt es in Sure 3 Vers 110: „Ihr seid das beste Volk, hervorgebracht zum Wohl der Menschheit; ihr gebietet das Gute und verwehrt das Böse und glaubt an Allah.“

Ich bin kein Theologe, aber ist eine solche Aussage nicht Hochmut, der nach katholischer Lehre ja eine Todsünde ist?

Wir sollten nicht vor lauter christlicher Demut eine gewisse Selbstliebe und ein natürliches Selbstbewußtsein vergessen. Ich ziehe eine echte Nächstenliebe jener Fernstenliebe vor, die zur Zeit von zu vielen Christen, aber nicht nur von diesen, praktiziert wird. Und wenn die AFD und andere angeblich „rechte“ Gruppierungen gegen den immer unerträglicher werdenden Gesinnungsterror in unserem Land ihre Stimme erheben, haben sie meine volle Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen, Florian Euring (Anm.: Hervorhebungen durch P. H.)

Nicht „das christliche Abendland“, sondern „das Christliche im Abendland“

Das Erzbistum Berlin hat das christliche Abendland aufgegeben!

Um Europa nicht zu schwächen, arrangiert man sich dort mit der sozialistischen Multi-Kulti-Ideologie!

Multi-Kulti, neudeutsch für sozialistische Islamisierung, ist für sie nicht mehr aufzuhalten!

Deshalb wollen sie in Zukunft nicht mehr das christliche Abendland retten, sondern „das Christliche im Abendland“ bewahren! Was dieser Schwachsinn auch immer bedeuten mag!

Erzbistum Berlin:

„Angesichts der Migrationsströme sei nicht das christliche Abendland zu bewahren, sondern "das Christliche im Abendland"."

Für Zulehner ist die kulturelle und religiöse Vielfalt unumkehrbar. Eine "Politik, die mit unchristlichen Mitteln das christliche Abendland retten will", führe nur zu einer weiteren Schwächung Europas.“

Mittwoch, 7. Dezember 2016 - Beginn 15:00 Uhr, Ende 21:30 Uhr: Mit einem eindringlichen Appell zum Thema Flucht und Migration hat sich der Pastoraltheologe Paul M. Zulehner zu Wort gemeldet. In seinem neuen Buch baut er viele Texte ein, die ihm bei einer Online-Umfrage zu diesem Thema übermittelt wurden. Er geht den Ängsten nach, die hinter den Sorgen und abwehrenden Positionen liegen können und zeigt Wege einer lebenslangen Balance zwischen Angst und Vertrauen auf. Angesichts der Migrationsströme sei nicht das christliche Abendland zu bewahren, sondern "das Christliche im Abendland". Für Zulehner ist die kulturelle und religiöse Vielfalt unumkehrbar. Eine "Politik, die mit unchristlichen Mitteln das christliche Abendland retten will", führe nur zu einer weiteren Schwächung Europas.

(Quelle: <http://www.erzbistum-berlin.de/hilfe/fluechtlinge-im-erzbistum-berlin/veranstaltungen/>)

(Autor: Michael Stein)

„Focus“-Herausgeber Markwort: „Medien sind politisch einseitig“

Deutsche Medien machen Politik – anstatt Politik darzustellen

Medien haben sich eine Machtposition erobert, die ihnen weder vom Gesetz noch von der Verfassung eingeräumt wird.

Sie sind von niemandem gewählt – und stehen de facto doch meilenweit über Parlament und dem Souverän. Sie geben die politische Richtung vor – und wer dagegen aufmuckt, wird totgeschrieben. Kurz: Deutsche Medien machen Politik – anstatt Politik darzustellen.

Deutsche Medien sind nahezu komplett in der Hand von Sozialisten

Der folgende Artikel erscheint eigentlich nur der Form halber. Denn der ist ein Zeitdokument für die Richtigkeit meiner in zahlreichen Artikel dargebrachten These, dass deutsche Medien links sind. Und zwar in ihrer überwiegenden Mehrheit, ganz besonders in den mit Politik und Gesellschaft verbundenen Resorts – also exakt dort, wo staatsbürgerliches Bewusstsein und damit das Wahlverhalten von Bürgern geformt und geprägt wird.

Aber wenn Wähler keine objektiven und vielfältigen Informationen und Meinungen zu politische Themen mehr erhalten, sondern nur einen einzigen ideologischen Einheitsbrei, dann sind auch die Wahlen und Wahlergebnisse nicht mehr demokratisch, sondern das End-Ergebnis einer totalitären Gehirnwäsche.

Und dann erleben wir Deutsche wieder einmal – wie 1933 – das Ende einer demokratischen Ära. Und lassen es – wieder einmal – geschehen, ohne uns dagegen zu wehren und unsere Freiheit zu verteidigen.

„Focus“-Herausgeber Markwort: Medien sind politisch einseitig

Einer der bedeutendsten deutschen Journalisten, der langjährige Focus-Chef und derzeitige Focus-Herausgeber Helmut Markwort, bestätigt dies in einer unspektakulär daherkommenden Meldung mit der verharmlosenden Überschrift: „Medien sind politisch einseitig“. (Quelle: <http://www.stol.it/Artikel/Panorama-im-Ueberblick/Multimedia/Focus-Herausgeber-Markwort-Medien-sind-politisch-einseitig>)

Nun, das ist eine geradezu euphemistische Beschreibung eines existenzbedrohenden Zustands. Denn deutsche Medien sind nicht „einseitig“ in dem Sinn, wie dieser Begriff zu verstehen ist. Medien sind zu 100 Prozent parteiisch.

Sie stehen zu 100 Prozent hinter Merkels höchst fragwürdiger Politik der Abschaffung Deutschlands, einer Politik, die natürlich nicht nur von der Person Merkel betrieben wird, sondern vom gesamten politischen Establishment Deutschlands, von allen Altparteien, von den Gewerkschaften, den meisten Intellektuellen, den Kirchen und Islamverbänden – und ganz vorne dran von den Medien selbst.

Medien sind die wahren Herrscher Deutschlands. Über sie betreiben die deutschen Sozialisten ihren Gesinnungsterror gegen das deutsche Volk

Medien haben sich eine Machtposition erobert, die ihnen weder vom Gesetz noch von der Verfassung eingeräumt wird. Sie sind von niemandem gewählt – und stehen de facto doch meilenweit über Parlament und dem Souverän. Sie geben die politische Richtung vor – und wer dagegen aufmuckt, wird totgeschrieben.

Sie haben die Macht, Bundespräsidenten in den Abgrund zu schreiben, aber auch ganze Parteien in die Bedeutungslosigkeit. Und umgekehrt können sie jede Partei, die ohne ihre Unterstützung kaum die 5-Prozent-Hürde überspringen würden – wie damals die Grünen – an die Macht bringen. Allein mit ihrer schieren Macht über das geschriebene und veröffentlichte Wort in Deutschland.

Ein Goebbels hätte heute seine helle Freude an seinen Nachfolgern im deutschen Propagandaapparat, genannt deutsche Medien. Heutige Journalisten bedienen sich wie er damals auch des Prinzips der selektiven Wahrheit und der daraus folgenden einseitigen Berichterstattung, die sie gleichwohl mit modernsten Mitteln und Methoden der medialen Massenpropaganda zu vertuschen verstehen, von denen Goebbels nicht einmal zu träumen wagte.

Über die kommunistischen Wurzeln der Grünen, über die nicht minder kommunistischen Wurzeln der meisten Gewerkschaftsführer, über die Linksverseuchung vor allem der protestantischen Kirchen, aber natürlich vor allem von ihrer eigenen rotgrünen Geisteshaltung kommt so gut wie nichts in den Medien.

Genausowenig von den deutschfeindlichen Zitaten grüner oder sozialdemokratischer Spitzenpolitiker, die, hätte das Volk sie erfahren, den linken Parteien wichtige Prozentpunkte bei den Wahlen gekostet hätten.

Das alles lässt nur eine einzige zwingende logische Schlussfolgerung zu: Die deutsche Medienlandschaft ist politisch gleichgeschaltet. Wäre sie es nicht, würden politisch konkurrierenden Medien über solche Zustände aufklären. Diese Aufklärung geschieht heute nahezu ausschließlich über das Netz.

Das ist auch der Grund, warum Merkels Propagandaminister Maas – natürlich im Auftrag seiner Führerin – alternative Medien im Netz bekämpft und am Ende verbieten lassen will. Was nicht so einfach ist. Denn erstens gibt es de jure noch Art 5 GG, und zweitens liegen die Server der meisten Blogs außerhalb der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit.

Merkel will nun die einzig verbliebene mediale Opposition – die Blogs im Internet – kriminalisieren und verbieten lassen. Doch die politischen Weichen für ein Verbot und die

Kriminalisierung von alternativen Blogs sind bereits gestellt. In hunderten Artikeln der Systempresse wurden politische Blogs (speziell PI, *conservo* und Michael-Mannheimer-Blog) bereits denunziert und als „Nährboden“ für „Hass im Netz“ diskriminiert.

Unvergessen, wie die BILD-Zeitung – Bild-Herausgeber Kai-Uwe Diekmann und die Bild-Eignerin Friede Springer, Witwe von Axel Springer, sind eng mit Merkel befreundet – in einer geradezu kriminellen Aktion 40 Deutsche an den öffentlichen Pranger stellte, weil sie Merkels Politik kritisierten, indem es deren privaten Kommentare aus Facebook samt Foto und Adresse der Personen in einer eigenen Ausgabe veröffentlichte. (Siehe: <https://michael-mannheimer.net/2015/10/20/facebook-hetzer-an-den-pranger-stellen-bild-diffamiert-das-deutsche-volk/>)

An „Bild“ sieht man besonders deutlich, dass nahezu jedes Medium, selbst die ehemals konservativsten – von Links vereinnahmt wurden. Die Kritik der Linken an der Bild-Zeitung ist Geschichte. Heute ist das auflagenstärkste Boulevardblatt Europas fest in deren Hand.

Deutsche Medien machen Politik – anstatt Politik darzustellen

Medien haben den Auftrag, die Komplexität der Welt so zu vermitteln, dass ihre Leser sie verstehen können. Sie haben nicht den Auftrag, selbst Politik zu machen. Dafür fehlt ihnen die gesetzliche Grundlage, und dafür fehlt ihnen das Mandat durch den Souverän. Doch genau dies wird von deutsche Medien vorrangig betrieben: Sie machen Politik, anstelle diese zu erklären.

Ihre politische Richtung ist klar: Deutschland als Nationalstaat soll aufgelöst werden, das deutsche Volk als ethnisch geschlossene Gruppe ebenfalls, und zwar durch massive Zuwanderung seitens Millionen muslimischer Invasoren, die zu „Flüchtlingen“ verklärt werden. Die gewachsene Familienstruktur soll aufgebrochen werden, und zwar durch die sukzessive Implementierung der perversen Gender-Ideologie, die erwiesenermaßen wissenschaftlicher Unsinn ist: Norwegen hat deswegen seine staatliche Unterstützung zum Genderprogramm mit sofortiger Wirkung gekappt.

Das Programm der New World Order (NWO) – „no borders, no limitations“ – soll zuerst europaweit, dann weltweit durchgedrückt werden. Auf Teufel komm raus. Wer dagegen ist, wird fertig gemacht. Ob Politiker, ob Intellektueller, ob Kirchenmann, ob wer auch immer.

Einer ihrer führenden Vertreter dieser NWO, der US-Stratege Thomas P.M. Barnett, fordert, alle Gegner der NWO zu töten, wenn sie ihren Widerstand dagegen nicht aufgeben sollten (siehe: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/kopp-exklusiv-us-globalstrategie-fordert-toetet-d.html>):

„Jawohl, ich nehme die vernunftwidrigen Argumente unserer Gegner zur Kenntnis. Doch sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: Tötet sie!“

Linke haben sich mit ihren Erz-Feinden zusammengetan, um die bürgerlich-westliche Welt zu zerstören. Das Besondere an der NWO ist, dass sich Linke mit dieser eigentlich urkapitalistischen Globalisierung-Ideologie verbündet haben. Doch sie haben sich ja auch mit dem Islam – dessen Werte und religiöses Primat antisozialistischer nicht sein können – verbündet, um ihr Ziel der Extinktion der bürgerlichen Gesellschaften, das sie bislang aus eigener Kraft nicht geschafft haben, endlich zu erreichen.

*◦Deutsche Medien schreiben seit Jahrzehnten den totalitären, auf absolute Weltherrschaft zielenden Islam schön.

- *◦Deutsche Medien haben tagelang über das Kölner Sexpogrom geschwiegen, es dann zuerst deutschen Männern in die Schuhe geschoben, es dann widerwillig doch zugeben müssen, um es schließlich als „Männerproblem“ zu verharmlosen.
- *◦Deutsche Medien verschweigen, dass die Massenvergewaltigung deutscher Mädchen und Frauen durch ihre Lieblingsklientel – die islamischen Immigranten – unbeirrt weitergeht.
- *◦Deutsche Medien fokussieren sich immer noch auf die NSU, während sie kein Wort zu den in die Tausenden gehenden deutschen Opfer durch Migrantengewalt verlieren.
- *◦Deutsche Medien schreiben unentwegt von rechter Gewalt, während seit Jahren die Gewalt von links einsam an der Spitze aller Statistiken steht – und jährlich zunimmt.
- *◦Deutsche Medien verunglimpfen deutsche Widerständler – zum Beispiel der Pegida-Szene – pauschal als „rechts“ oder „rechtsradikal“ und vertuschen gleichzeitig, dass es sich bei einem Großteil der „Gegendemonstranten“ um linke Gewalttäter handelt, die von Parteien und Gewerkschaften bezahlt wurden.
- *◦Deutsche Medien verschweigen die zahlreichen Gesetzesverstöße durch Merkel und ihre Regierung, die laut Aussage führender Verfassungsrechtler bereits den Charakter eines kalten Staatsputsches haben.
- *◦Deutsche Medien sind dazu übergegangen, keinerlei Angaben mehr über die Herkunft der Täter zu machen. Täter werden als „Mann“ oder „Mensch“ beschrieben. Damit wird die Öffentlichkeit massiv über die wahre Bedrohungslage getäuscht.
- * Kurz: Deutsche Medien machen Politik – anstatt Politik darzustellen. Und verstoßen damit gegen ihren Auftrag. Und klar gegen Gesetz und Verfassung. Sie missbrauchen ihre Meinungsfreiheit, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen – und müssten daher von Rechts wegen ihr Recht auf Meinungsfreiheit entzogen bekommen (Art 18 GG).

Nein: Medien sind nicht „einseitig“. Sie sind nahezu komplett in der Hand deutscher Kommunisten, genauer: den sich als Umweltpartei tarnenden Grünen.

Auch dies wird von Markwort bestätigt. Die meisten Journalisten seien laut Umfragen Wähler der Grünen, sagte er der Deutschen Presse-Agentur in München. „Da denke ich schon, dass diese gefühlte Neigung zu den Grünen sich auch in der Auswahl der Themen, in der Gewichtung der Meldungen widerspiegelt.“ Die CDU liege unter Journalisten nur bei acht Prozent. (Quelle: <http://www.stol.it/Artikel/Panorama-im-Ueberblick/Multimedia/Focus-Herausgeber-Markwort-Medien-sind-politisch-einseitig>)

Markwort, der am 8. Dezember 2016 achtzig Jahre alt wurde, ist FDP-Mitglied und versteht sich als rechtsliberal. „Es ist den Linken gelungen, das Wort „rechts,, zu diffamieren“, beklagte er. „Kampf gegen rechts,, heißt es; eine rechte Partei steht schon kurz vor den Nazis.“ (Quelle siehe vorigen Absatz)

Die Medien in Merkelland sind prinzipiell kaum anders als im Dritten Reich oder in der DDR. Das Kennzeichen einer Demokratie sind Meinungsvielfalt und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Das Kennzeichen einer Diktatur ist das Gegenteil davon: Es gibt nur das Recht auf eine Meinung – und zwar die des politischen Apparats. Und in genau diesem Sinn sind deutsche Medien wieder dort angelangt, wo sie während der letzten 80 Jahre schon zweimal standen: in einer linken Diktatur.

Sie stehen wieder einmal an der Seite der politischen Machthaber, sie sind gegen ihr Volk, sie sind extrem tendenziös und einseitig in ihrer Berichterstattung, sie filtern und verbiegen die Nachrichten bis zur Unkenntlichkeit, wenn ihnen die Realität hinter den Nachrichten nicht gefällt, sie verheimlichen oder verschweigen alle Entwicklungen, die ihnen selbst

unangenehm werden oder ihre einseitig-verlogene Berichterstattung dokumentieren könnten – und vor allem: Sie sind sozialistisch und damit volkerzieherisch.

Deutsche Medienvielfalt wie in der Bonner Republik: Davon haben die heutigen bis 40-Jährigen keinerlei Ahnung mehr. Sie meinen, was sie in den diversen Blättern und auf den diversen TV-Kanälen sehen, sei mediale Vielfalt. Doch es ist mediale Einfalt, wenngleich verpackt in vielfältigen Layouts.

Der Unterschied zur DDR ist: Die Bürger der DDR wussten, dass ihre Medien kommunistisch waren und die Nachrichten im Sinne des Politbüros gefälscht wurden. Die Bürger Gesamtdeutschlands jedoch glauben, immer noch in einer demokratisch vielfältigen Medienlandschaft zu leben.

Nichts ist falscher als das. Das Deutschland von heute ist nicht mehr weit von einer roten Gesinnungsdiktatur entfernt, in der sich Politik und Medien zu einer linken Medien- und Parteidiktatur zusammengeschlossen haben. Einen Claus Kleber vom „ZDF-Heute“-Journal etwa könnte man genauso wenig als glaubwürdig und seriös einstufen wie den „Schwarzen Kanal“ der damaligen DDR.

Dass Cleber und Konsorten ihre Halb- und Unwahrheiten im modernsten digitalen Design ans Volk bringen können, dass immer noch ein großer Teil der Deutschen – bis hin zu Akademikern, von denen ich einige aus meinem persönlichen Bekanntenkreis kenne – auf die in moderner und scheinseriöser Aufmachung daherkommenden Nachrichten hereinfallen, beweist, dass Zurufer zu meinen Vorträgen vor ehemaligen DDR-Bürgern recht hatten: „Das heutige Deutschland ist noch schlimmer als unsere damalige DDR!“ (Quelle: MM.)*

**) Anmerkung von Peter Helmes: Michael Mannheimer („MM“) ist ein überparteilicher deutscher Publizist, Journalist und Blogger, der die halbe Welt bereist hat und sich auch lange in islamischen Ländern aufhielt. Seine Artikel und Essays wurden in mehreren (auch ausländischen) Büchern publiziert. Er gilt als ausgewiesener, kritischer Islam-Experte und hält Vorträge im In- und Ausland zu diversen Themen des Islam. Aufgrund seiner klaren und kompromißlosen Analysen über den Islam wird er seitens unserer System-Medien, der islamophilen Parteien und sonstigen (zumeist linken) Gruppierungen publizistisch und juristisch seit Jahren verfolgt. MM betreibt ein eigenes Blog: <http://michael-mannheimer.net/>*

„Friedlicher Islam“? Er ist blutig! Seine Botschaft: Krieg statt Frieden!

Die programmatische Rede des „Kalifen“ des Islamischen Staates – von den Medien noch immer verschwiegen

Es ist eigentlich unglaublich, ja es macht fassungslos, wie in der westlichen Welt **das** Problem des Islam verschwiegen, verharmlost oder ignoriert wird: die Gewalt. Islamische Mörder unter der harmlos klingenden Bezeichnung „Islamischer Staat“ unterjochen, mißhandeln, vergewaltigen und töten millionenfach nicht nur Christen, sondern alle „Ungläubigen“.

Selbst unsere angepaßten christlichen Kirchen faseln weiter vom „friedlichen Islam“, statt ihn zu bekämpfen. Es muß doch ´mal Schluß sein mit diesem teuflischen Spiel, das hierzulande auch noch viele junge Menschen dazu verführt, sich den Dschihadisten an den Hals zu schmeißen – während gleichzeitig Millionen unschuldiger Menschen ihr Hals abgeschnitten wird.

Dem aufmerksamen Beobachter meiner Arbeit, Dr. Christoph Heger, verdanke ich den Hinweis auf ein enorm wichtiges Buch, das den „Kalifen“ von Bagdad entlarvt als Oberbefehlshaber einer Mordtruppe. Dr. Heger schreibt:

„Schon gelegentlich hatte ich Hinweise und Belege dafür gebracht, daß der Terror des „Islamischen Staats“ unter seinem „Kalifen“ Abu Bakr al-Baghdadi sich sehr wohl aus der islamischen Doktrin und Rechtstradition legitimieren kann. Trotzdem hören die Versuche unserer politischen Klasse und unserer „Qualitätsmedien“ nicht auf, ihn als „Mißbrauch“ des Islams in seiner tatsächlichen Bedeutung zu verharmlosen.

Umso wichtiger ist es, daß der Erlanger Professor emeritus Armin Geus mit seinem jüngsten Buch „Die Botschaft des Kalifen“ eine deutsche Übersetzung und Erläuterung der **entscheidenden programmatischen Rede des „Kalifen“** vorgelegt hat. Man fragt sich, warum dies weder von deutschen Presseorganen noch von den Inhabern einschlägiger orientalistischer Lehrstühle zur Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit geleistet wurde und stattdessen ein Naturwissenschaftler – Biologe und Medizinhistoriker – die Lücke füllen mußte.“ (Heger)



Enthauptung von James Foley

Nicht Märtyrer, sondern Mörder

Wer nach der Lektüre der Rede des angeblich promovierten Theologen und Chef des IS, **Abu Bakr al-Baghdadi**, immer noch behauptet, der Inhalt habe nichts mit dem totalitären Charakter des Islam zu tun, hat sich frei nach Eric Voegelin vorsätzlich entschieden, „nicht zu verstehen“. (Als Anführer des IS wird al-Baghdadi verantwortlich gemacht für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Ethnische Säuberungen und Strafen wie Enthauptungen, Kreuzigungen, Ertränkungen und Verbrennungen bei lebendigem Leib.)

Prof. Armin Geus warnt:

„Die klagenden Aufrufe unverbesserlicher Gutmenschen, dass es erforderlich sei, gefährdete Jugendliche rechtzeitig vor Radikalisierung zu schützen, werden jedoch fanatische Hassprediger sicher nicht davon abhalten, junge Männer und Frauen weiterhin für den Dschihad zu gewinnen. Immerhin habe Allah, versichern sie, allen Märtyrern die sofortige Aufnahme ins Paradies, einschließlich der hinreichend bekannten sexuellen Freuden, versprochen, und verdienten Kämpfern einen gerechten Teil der Kriegsbeute.“ (Armin Geus)

Es war höchste Zeit, dem IS und seinen „Kalifen“ die Maske vom Gesicht zu reißen und unverblümt festzustellen: Sie sind Mörder! Da kann Frau Ex-Bischöfin Käbmann hundertmal „die friedliche Welt“ beschwören und von einer „Welt ohne Waffen“ predigen – was sie gebetsmühlenartig ständig wiederholt – es hilft wenig, die Probleme gesundzubeten:

**Wir Christen sind zum Kampf aufgefordert –
und nicht zur Feigheit vor unseren Gegnern!**

(Autor: Peter Helmes)

Wir sind im Krieg – im islamischen Krieg!

„Si vis pacem, para bellum“ (Marcus Tullius Cicero) (Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg)

Nicht nur die ‚Rechten‘ in der Bundesrepublik behaupten: Deutschland befindet sich im Krieg! Es sind sogar ihre Innenminister von Bund und Ländern, die dies feststellen.

Aber auch Politiker des Auslandes stellen fest: Deutschland befindet sich im Krieg.

Der Anschlag in Berlin wirft mehr Fragen auf, als es den Regierenden lieb sein kann. Der Attentäter war in ganz Europa polizeibekannt, über seine Aktivitäten lagen schriftliche Dokumentationen vor. Die Liste der unbeachteten Kenntnissgaben und Beobachtungen ist lang. In der bundesrepublikanischen Justiz, wie staatsanwaltlichen Polizeidienststellen scheint es verpönt zu sein, das deutsche Volk vor seinen Feinden zu schützen.

Wir stehen in einer Situation, die von den ‚68ern losgetreten wurde. Ihr Haß auf unsere Geschichte, Kultur und Recht ist unermesslich. Ihre Vertreter haben ihre Ideologie mitgenommen, als sie unsere staatliche Administration unterwanderten. Sie haben ihr Motto ‚Deutschland verrecke‘ in die Programmarbeiten der etablierten Parteien eingebracht und durchgesetzt.

Sie brechen jedes Recht, Gesetz und jeden Vertrag, national wie international. Deutschlands Grenzen werden im Bündnis mit dem Gangster Erdogan gezielt in Frage gestellt. In diesem Parteienkartell ‚Scheißdeutschland‘ werden Millionen Deutscher ihres Heimatrechtes und ihres erarbeiteten Sozialvermögens beraubt. Der Bundesinnenminister verspricht: Wir werden mit dem Terror leben müssen! Kein Wort über die weiteren effektiv bestehenden Terrorattentate. Kein Wort über die Verteidigung unseres Landes vor den Mördern. Diese Politiker hatten fast 25 Jahre Zeit, sich dieses Problems anzunehmen.

Es begann mit der Invasion türkischer ‚Gastarbeiter‘ ab 1961. Dieses Land des Islams sollte Mitglied in der EU werden. Diese Narretei nahm kein Ende. Die Deutschen wurden verpflichtet, sich den Immigranten anzupassen. Deutsche Kultur hatte keinen Wert mehr. Die christlich-ethischen Grundwerte wurden verramscht. Der Islam wird zu einer dem Christentum gleichwertigen Religion erhoben.

Jetzt nach dutzenden von Jahren wachsender substantieller Bedrohung, leichtfertig übersehen und ignoriert, sollen Maßnahmen zur Änderung der Situation eingeleitet werden. Die wesentlichsten Bereiche unseres Volkskörpers sind inzwischen von dem Virus Islam befallen. Seine Burgen wachsen inzwischen über unsere Kirchen hinaus.

Nichts deutet darauf hin, daß das Merkel-Syndikat die Grundsätze seiner Politik ändern oder gar reformieren will. Das Prinzip lautet: Weiter so! Unsere Kanzlerin will von einer Politik, die Trump als ‚irrsinnig‘ bezeichnet hat, nicht abrücken. Der Bürgermeister von Nizza hat ihr folgendes geraten: „Wir befinden uns im Krieg. Diesen Krieg haben wir nicht gewollt... Wir gewinnen nicht den Krieg mit den Gesetzen des Friedens.“

Das deutsche Volk muß heute feststellen: Weil wir uns nicht auf diesen Krieg vorbereiten durften, weil uns unsere ‚Politik‘ wehrlos gemacht hat, befinden wir uns verteidigungsunfähig im Krieg! Die Krieger, die Mörder sind zu Hauf unter uns! (Original von Herbert Gassen)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

das mag für heute genügen. Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes, glückliches Neues Jahr, zudem den Schutz Gottes und, wie stets an dieser Stelle, uns allen eine bessere Politik.

Mit herzlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Treue,

Ihr

Peter Helmes

Hamburg, 12. Januar 2017

Und wie immer ein PS als Anhang:

PS: Papst und Islam

Es ist zwar nur mehr eine Frage der Zeit, bis die reformeifrigen Anpassungsbemühungen an den Zeitgeist seitens des akuten Papa Buonasera eine Ergänzung und Umarbeitung der althergebrachten Litanei nach sich ziehen wird. In Zeiten des Feminismus bspw. noch **"Sancti Patriarchae"** anzurufen, ist wohl dringendst auszumerzen, dafür fehlt die aller Verehrung würdige **"Sancta Gendera"**, die bisweilen auch mit ihrer Mutter "Sancta Emancipatio" und dem Jesusmädchen gerne als "Hl. Gendera Selbdritt" in Bildern und Skulpturen dargestellt wird. - Schmerzlich fehlen uns noch "Sancta Vegetaria" (wahlweise auch "Sancta Vegana" für die strengeren Ordensrichtungen!) und die "Sancta Perpetuitas" (die ad stabilitatem meteorologicam überhaupt die wichtigste Säulenheilige der „**Una Sancta Oecologica Ecclesia**“ ist!) ... Also, Papa Franz: tun S' was!“(Internetfund)

„Ich verlange ja auch nicht, daß sie den Halbmond von ihren Moscheen runternehmen, wenn ich durch Istanbul spaziere. Das ist ihre Welt. Und hier ist unsere. Wer zu uns kommt, muß auch mit unseren Symbolen leben können. Es geht einfach nicht, daß wir in vorausgehendem Gehorsam uns selber beiseiteschaffen.“ (Thomas Hürlimann, Tagesanzeiger 19.10.2016)

PPS.: „Christliche Sozialdemokratie“ bringt CDU-Verluste in Deutschland

Die CDU stellt nur noch in 4 von 15 Bundesländern (das CDU-lose Bayern weggelassen) den Regierungschef. Im Saarland und in Hessen könnten jederzeit SPD, Grüne, Linke den CDU-Regierungschef stürzen. In Sachsen- Anhalt scheidet das nur an der Stärke der AfD Die CDU stellt nur noch 3 der Oberbürgermeister der 20 größten Städte (früher 10, las ich gerade). In Essen ist der CDU-OB machtlos gegen einen linken Stadtrat. Die CDU regiert im Bund und in allen Ländern, in denen sie noch mitregiert, entweder mit der SPD oder den Grünen oder beiden, früher allermeist mit der FDP.

Gewönne die SPD mit Bundespräsident Steinmeier und eventuell einem "frischen Gesicht" (eher noch Scholz denn Schulz) als Kanzlerkandidat neuen Schwung, könnte sie ganz eventuell die CDU/CSU an Bundestagssitzen überholen. Die Welt (Seite 1, 3.12.) bezeichnete die neue CDU als "christliche Sozialdemokratie". Die JF berichtete gerade, nach einer Umfrage sehe die Mehrheit die CDU heute als eine linke Partei... Wem nützte der Linksruck? Jetzt macht die CDU auf weniger links. **Ohne AfD-Erfolge wäre das nicht passiert...**

Ihr UM

Hamburg, 12. Januar 2017